

(Abg. Dpitz.)

(A) z. B. bei den Redaktionen Ihrer Zeitungen, bei denen als Grundsatz schon jetzt, ganz genau wie in bürgerlichen Kreisen, gilt, daß der Redakteur ganz anders bezahlt wird als der Zeitungs- oder Zettelausträger usw., ein Grundsatz also, der sich vollkommen und mit Recht an diejenigen Verhältnisse anschließt, die in der bürgerlichen Gesellschaft gang und gäbe sind. Also auch nicht einmal für den Staat, den Sie im Auge haben, würde der Grundsatz praktisch werden, daß Beamte von der Vorbildung der Geistlichen mit der Arbeiterlöhnung abgefunden würden. Ich glaube, wir werden unter solchen Umständen also gut tun, wenn es im vorliegenden Falle gilt, die Verhältnisse auch der Hinterbliebenen der Geistlichen zu ordnen, uns auf denselben Standpunkt zu stellen, auf den wir uns stellen, wenn es gilt, die Verhältnisse der Beamten zu regeln.

Ich möchte nun meine kurzen Darlegungen nicht beschließen, ohne noch dem Herrn Kultusminister den wärmsten Dank für die erneute kräftige Inschußnahme unserer Geistlichkeit zugleich für meine politischen Freunde mit und, ich meine, auch für die Mehrheit des Hauses mit abzustatten.

(Sehr gut! rechts.)

(B) Meine Herren! Die Zeit, in der wir leben, erfordert vielleicht mehr als irgend eine Zeit der Vergangenheit, daß auch die ethische Seite, die sittliche Seite des Menschen gepflegt wird und daß auch die idealen Güter des Volkes gewahrt werden. Unsere Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem wie auf allen sonstigen Gebieten weist ganz eminente Fortschritte auf, Fortschritte, wie sie keine Zeit in der Vergangenheit auch nur in annähernder Weise aufzuweisen hatte. Aber je mehr dies der Fall ist, um so größer werden auch die Gefahren, die dieser Entwicklung drohen, wenn diese an sich höchst begrüßenswerten Fortschritte nicht aufgebaut und gegründet werden auf den tiefsten aller Gründe, und das ist die Religion. Das wird auch immer so bleiben, mag man auch noch so viele Pfeile des Spottes auf die Religion verschießen. Darum wollen wir auf Seiten der bürgerlichen Parteien daran festhalten, die Geistlichen so zu stellen, daß sie auch in Zukunft mit Freude ihrem Berufe obliegen. Und wenn das geschieht, geschieht es sicher nicht zum Schaden des Staates und der Gesellschaft.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister v. Seydewitz.

Staatsminister v. Seydewitz: Hochverehrte Herren! (C) Der Herr Vizepräsident Fräßdorf hat vorhin am Schlusse seiner Rede beiläufig die Ansicht ausgesprochen, daß jeder Beamte durchaus selbständig die Entschliebung fassen könnte, welcher politischen Partei er angehören will. Gegenüber dieser Behauptung möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß es mit dem Treueid eines Beamten und mit den daraus hervorgehenden Pflichten nicht vereinbar ist, wenn er der Sozialdemokratie als einer Partei, die den Staat grundsätzlich bekämpft, angehört.

(Sehr richtig! rechts.)

An dieser Auffassung, die die Regierung stets vertreten hat, hat sich selbstverständlich nichts geändert.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Brodauf.

Abg. Brodauf: Meine Herren! Der Herr Abg. Dr. Böhme hat in seinen Ausführungen betont, daß seinen politischen Freunden die Zustimmung zu den vorliegenden Dekreten bedenklich fallen würde, wenn hierdurch neue steuerliche Belastungen notwendig würden. Ich will nur konstatieren, daß dies auch der Standpunkt meiner politischen Freunde ist. Aber wenn nun Herr Dr. Böhme darauf hingewiesen hat, daß die günstige (D) Finanzlage des Staates die Bewilligung der Mittel gestattet, so möchte ich doch noch auf folgenden Punkt hinweisen. Diese günstige Finanzlage ist doch nur, das dürfen wir nicht vergessen, dadurch geschaffen worden, daß in dem letzten Jahrzehnt unter der Ära des Herrn Finanzministers Dr. v. Rüger, dessen sonstige Verdienste ich nicht bestreite, die Steuerschraube recht hart angezogen worden ist,

(Sehr richtig! links.)

daß wir dauernd bekommen haben den 25prozentigen Zuschlag zum Steuereinkommen, daß wir das harte Kostengesetz von 1906 bekommen haben,

(Sehr richtig! links.)

das gerade in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes so viel Verdruß hervorgerufen hat,

(Sehr richtig! links.)

daß wir das harte Stempelsteuergesetz von 1908 bekamen. Also wenn heute auf die günstige Finanzlage hingewiesen wird, dann läge es sehr nahe, den Bestrebungen etwas entgegenzukommen, die eine Minderung